Ä175 Global denken, lokal handeln: Brandenburgs Beitrag für eine faire und friedliche Welt

Antragsteller*in: Martin Kündiger

Text

Von Zeile 2147 bis 2148:
Während sich ausgerechnet ~~die Linke Brandenburg~~der Brandenburger Wirtschaftsminister (in Person ~~von~~ Ralf ~~Christoffers)~~Christoffersvon der Linken über neue Ansiedlungen von Rüstungsfirmen in Brandenburg freut und rot-rot die verkappte Militärshow der ~~ILA~~Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) fleißig fördert, wollen wir Brandenburg zu einem Ort der zivilen Krisenprävention machen.

Alle Einsätze der Bundeswehr - ob im nationalen oder multinationalen Rahmen - werden grundsätzlich vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr ~~in der Henning-von-Tresckow- Kaserne~~ in Geltow geplant und geführt. Brandenburg muss gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass von Geltow aus keine Einsätze ohne völkerrechtliche Mandate geplant oder geführt werden.

Von Zeile 2151 bis 2153:
Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise hat Auswirkungen auf andere Teile der Welt. Leergefischte Meere, aufgrund von Klimawandel devastierte Landstriche, Müllhalden unseres Mülls, Wasserknappheit aufgrund von Futtermittelexporten nach Europa, Regenwaldabholzungen, militärische Konflikte mit aus Deutschland exportierten Waffen uvm. Nicht alles davon kann die Brandenburger Politik lösen. Mit weit über 3 Milliarden Euro Vergabevolumen pro Jahr sind Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen wichtige Auftraggeber und könnten damit Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein – vor allem auch, wenn es um den Import von Produkten geht. So können wir stärker unseren Einfluss auf die Produktionsbedingungen andernorts geltend machen. Nachhaltigkeitskriterien, wie der ökologische Fußabdruck von Produkten, Klimaneutralität sowie faire Löhne und Produktionsbedingungen in den Herkunftsländern spielen bislang keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle. Entscheidungen werden hierzulande immer noch zu häufig am Beschaffungspreis und zu wenig an den Lebenszykluskosten eines Produktes ausgerichtet.

Hier nochmal erwähnen, dass der Pensionsfonfs des Landes etc. auf Nachhaltigkeit und faires Wirtschaften ausgerichtet werden muss (war auch schon bei Haushalt)

Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht ändern. Außer der Einhaltung von Tarifbindung und Mindestlöhnen bei allen beauftragten Unternehmen sollen künftig auch Nachhaltigkeitskriterien für die zu beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Für die Beschaffung von Importprodukten sind, soweit möglich, Zertifizierungen vorzuschreiben, die die Einhaltung der ILO-Arbeitsnormen (Schutz vor Ausbeutung, Verbot von Kinderarbeit) oder ~~N~~nachhaltige Bewirtschaftung wie z.B. FSC (Forest Stewardship Council) für nachhaltige Forstwirtschaft vorschreiben. Die Beachtung dieser Kriterien wird auch das Verantwortungsbewusstsein in breiten Bevölkerungskreisen im Sinne von „Global denken, lokal handeln“ sehr positiv beeinflussen. Alle Brandenburger Behörden sollen zudem ~~EMAS-~~EMAS-zertifiziert (erklären) werden.

Eine Globalisierung ohne starke Regeln nützt vor allem globalen Konzernen und vergrößert die weltweite Ungleichheit und verschärft die Fluchtursachen, statt sie zu lindern. In der Logik der aktuell von der EU verhandelten Handelsabkommen CETA (EU-Kanada), TTIP (EU-USA) und TiSA gelten Regulierungen zum Schutz von Mensch und Umwelt als störende Handelshemmnisse. Zugleich sollen durch die angedachten Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren Unternehmen unnötige und gefährliche Klageprivilegien gegen staatliche Regulierung erhalten. Im Bundesrat lehnen wir deshalb CETA ab. Die Verhandlungen zu TTIP und dem Dienstleistungsabkommen TISA wollen wir stoppen und fordern einen Neustart der europäischen Handelspolitik, u.a. gerade auch gegenüber den afrikanischen Staaten. Wir

setzen uns für gerechte Handelsregeln ein, die fairen Wettbewerb und eine ressourcenschonende Produktionsweise fördern und Beschäftigte und Verbraucher~~!~~*innen schützen.

In Zeile 2155:
Unabhängig davon, ob Menschen aus unmittelbarer Angst um Leib und Leben oder vor wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit fliehen, ist eine ökonomische und sozialpolitische Zusammenarbeit mit den betroffenen Regionen zur Bekämpfung von Fluchtursachen zwingend. Wir wollen nach dem Vorbild anderer Bundesländer in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit einer Flüchtlingsregion eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft anstreben. Ziel ist eine langfristige Kooperation von Wirtschaft, Kommunen, Hochschulen, Kirchen und Zivilgesellschaft. Aus der Geschichte der Vertragsarbeiter der DDR heraus ~~böte~~bietet sich Mosambik dafür an, das im Jahre 2016 auf Platz 181 von 188 des Index der menschlichen Entwicklung ~~(HDI)~~(Human Development Index) lag. Dabei wollen wir auch die Zusammenarbeit mit Entwicklungsorganisationen wie der Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., das entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg ausweiten.

Passt irgendwo noch der Widerspruch zu den Truppenverlegungen nach Osteuropa hiin (die fuhren ja durch Brandenburg und sorgten für viel Empörung und Berichterstattung, inkl, zu den beschädigten und auch teilweise jetzt noch nicht wieder reparierten Straßen und Bordsteinen

Wo passt, das wir die Initiativen u.a. von Weltläden etc. für fairen Handel unterstützen